

Für ein soziales Hamburg!

DIE LINKE.

**Wahlprogramm
Bürgerschaftswahl 2011**

Inhalt

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Für einen Politikwechsel	3
Armut bekämpfen – Arbeitsplätze schaffen	5
Hartz IV muss weg!	6
Die Welt gehört allen – für die Gleichstellung von Frau und Mann	8
Jugendpolitik	9
Recht auf Stadt: Bezahlbare Mieten	12
Mobilität für alle	14
Energiewende – für Klima und Natur	15
Öffentlich statt Privat	17
Bildung für alle – gebührenfrei und demokratisch	19
Lebensqualität für alle – Gesundheit ist keine Ware!	23
Umsteuern, nicht kürzen! Haushaltspolitik für ein soziales Hamburg	26
Kultur für alle statt Stadtvermarktung	29
Medien demokratisieren	30
Sport – für alle in Bewegung	30
Für starke Bürgerrechte	31
MigrantInnenrechte stärken – kein Mensch ist illegal!	32
Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen	33
Friedens- oder Rüstungsstadt Hamburg?	34
Widerstand ins Rathaus – DIE LINKE wählen	36

Für einen Politikwechsel

Hamburg ist eine der reichsten Regionen in Europa. Zugleich ist die Stadt sozial tief gespalten. Viele Bürgerinnen und Bürger sind arm, nicht trotz, sondern wegen des Reichtums Weniger. Für teure Prestigeobjekte, seien es nun Airbus-Erweiterung, Hafencity oder Elbphilharmonie und für die HSH Nordbank wurde Steuergeld mit vollen Händen ausgegeben. Bei Leistungen für die Bürger, im öffentlichen Dienst, bei Sozialem, Arbeitsmarkt und Kultur wurde immer nur gekürzt.

Gegen diese Politik hat DIE LINKE in den letzten Jahren innerhalb und außerhalb der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen opponiert, Proteste unterstützt und zahlreiche Initiativen für soziale Gerechtigkeit gestartet: Für ein Sozialticket und Kultur für alle, für eine Schule für alle und gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Für sozialen Wohnungsbau, für eine Bürgerversicherung und eine hochwertige und bezahlbare Pflege. Für die Demokratisierung der Polizei, für Gleichberechtigung der MigrantInnen, gegen Abschiebungen. Für den Verbleib der Uni in Eimsbüttel, gegen die Ansiedlung von IKEA und Möbel Höffner. Für Offenheit und mehr Transparenz der Senats- und Verwaltungsentscheidungen, gegen Standortpolitik, gegen das HSH Nordbank- und Elbphilharmonie-Desaster, gegen den Abbau des öffentlichen Dienstes...

Nun ist der Senat vorzeitig zerbrochen. Jetzt besteht die Chance, dass die Hansestadt wieder ihre Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger wahrnimmt.

DIE LINKE Hamburg setzt sich für einen radikalen Kurswechsel der Landespolitik ein. Mit einem bloßen Regierungswechsel ist es nicht getan. Damit haben die HamburgerInnen nur schlechte Erfahrungen gemacht. Ob SPD/FDP, SPD/Stattpartei, SPD/GAL, CDU/FDP/Schill, CDU oder CDU/GAL nun jeweils den Senat gebildet haben: Die soziale Spaltung der Stadt wurde immer tiefer.

Dies wird sich auch mit einer Neuauflage von Rot-Grün nicht ändern. Zur Erinnerung: Rot-Grün hat die Hartz-IV-Gesetze und die Rente mit 67 eingeführt, den Reichen und Großunternehmen riesige Steuergeschenke gemacht, deutsche Soldaten und Polizisten nach Afghanistan geschickt und über eine Gesetzesänderung die regellose Finanz-Zockerei zugelassen. In Hamburg leitete ein rot-grüner Senat den Verkauf der HEW und der Krankenhäuser ein. Und die SPD hat erkennen lassen, dass sie die Netze für Strom, Gas und Fernwärme nicht wieder in das Eigentum der Stadt zurückführen will.

DIE LINKE tritt für ein solidarisch organisiertes Gemeinwesen und für eine sozial- und umweltverträgliche Stadtentwicklung ein. Das erfordert allerdings eine Politik, in der nicht die Profite der Konzerne und die Förderung des Wirtschaftsstandortes, sondern die Menschen an erster Stelle stehen: Eine Politik,

die Armut beseitigt und Arbeitsplätze schafft. Eine Politik, die die Wirtschaft demokratisiert und die Kosten der Krise nicht den Erwerbslosen und Beschäftigten, den RentnerInnen, der Jugend oder den MigrantInnen aufdrückt. Eine Politik, die wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreift, statt eine verlogene Werbeshow für die »Umwelthauptstadt« abzuziehen.

DIE LINKE findet sich mit den kapitalistischen Verhältnissen nicht ab, sondern will sie überwinden. DIE LINKE engagiert sich für grundlegende Reformen, die erste Schritte zu einer solidarischen Wirtschaft und Stadtentwicklung sind. DIE LINKE ist nicht der privaten Reichtumspflege verpflichtet, sondern der sozialen Gerechtigkeit. DIE LINKE tritt für Umverteilung von oben nach unten ein, für eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen, Konzerngewinnen und privatem Reichtum, um die staatlichen Einnahmen zu verbessern und eine andere, solidarische Politik zu machen. Das ist gut für diejenigen, die heute benachteiligt, ausgegrenzt und abhängig beschäftigt leben und arbeiten. Und es ist vernünftig – auch für diejenigen, denen es besser geht.

Armut bekämpfen – Arbeitsplätze schaffen

137.242 HamburgerInnen suchen derzeit erfolglos eine Erwerbsarbeit. 235.000 Menschen sind auf öffentliche Transferleistungen angewiesen, darunter 35.000 so genannte Aufstocker, die trotz Arbeit arm sind. Fast jedes vierte Kind lebt in Armut, in Stadtteilen wie Wilhelmsburg oder Billstedt sogar jedes zweite. Das ist das katastrophale Ergebnis einer Politik, die Sozialabbau betrieben, die Krisenlasten auf die Bevölkerung abgewälzt und die soziale Spaltung vertieft hat. Maßnahmen gegen Erwerbslosigkeit und Armut wurden dagegen sträflich vernachlässigt.

Schwarz-Grün missbrauchte die Arbeitsmarktpolitik zur Ausweitung des Niedriglohnsektors. Ihr Schwerpunkt lag bei den als »Arbeitsgelegenheiten« (AGH) bezeichneten Ein-Euro-Jobs (derzeit 7.250 in Hamburg). Da es sich in den meisten Fällen nicht um »zusätzliche« Tätigkeiten handelte, wurde damit reguläre Beschäftigung verdrängt – etwa in Schulkantinen, in der Pflege öffentlicher Grünanlagen und in der Hausbetreuung bei der SAGA. Das eigentliche Ziel von Arbeitsmarktpolitik, Erwerbslose nachhaltig in reguläre und würdevolle Arbeit zu bringen, von der man auch leben kann, wurde ins Gegenteil verkehrt.

Die Ein-Euro-Jobs gehören vollständig abgeschafft. Sie müssen durch tariflich geregelte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ersetzt werden. Das ist der erste notwendige Schritt zur Schaffung öffentlich finanzierter Beschäftigung, die der Hamburger Arbeitsmarkt dringend braucht. Dabei gilt es, ein sinnvolles und ausgewogenes Verhältnis von Leistungen des klassischen öffentlichen Dienstes und anderen Formen öffentlich finanzierter Beschäftigung herzustellen – in Bereichen wie Sozial- und Jugendarbeit, Gesundheitsfürsorge, Kultur, Bildung, Stadtentwicklung und Umweltschutz. Und zwar möglichst konkret und möglichst vor Ort bestimmt.

Statt eines milliardenschweren »Schutzschirms« für die HSH Nordbank fordert DIE LINKE ein Investitions- und Konjunkturprogramm, das langfristig und nachhaltig die öffentliche und private Produktion und Beschäftigung anregt und für eine qualitative Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sorgt. Eine Ausweitung der Produktion öffentlicher Güter und Dienstleistungen nach Jahren des Stellenabbaus und der Privatisierung wird auch denen zugutekommen, die gerade auf eine umfassendere und kostenlose öffentliche Güterversorgung angewiesen sind. Konjunkturunabhängige, öffentlich finanzierte Beschäftigung kann zumindest einem Teil der Bevölkerung stabile Erwerbsperspektiven geben. Die Aufstockung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in den genannten Bereichen der sozialen Infrastruktur und Investitionen in ökologisch-energetische Sanierung, in den sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Nahverkehr können bis zu 50.000 Arbeitsplätze schaffen.

Mit einem solchen Programm werden bevorzugt örtliche Handwerks- und Industriebetriebe sowie Genossenschaften angesprochen. Sie sind als Teil der lokalen Wirtschaft für viele Arbeitsplätze in Hamburg verantwortlich, werden aber vom Senat durch dessen Ausrichtung auf exportorientierte Sektoren, große »Cluster« und »Leuchtturmprojekte« vernachlässigt. Mit unserem Programm kann Hamburg in einen »qualitativen Wachstumspfad« einsteigen, der mehr auskömmlich bezahlte, voll sozialversicherungspflichtige, tariflich geregelte Arbeitsplätze mit einer ökologisch wünschenswerten Produktion von Gütern und Dienstleistungen verbindet.

Wir gehen von dem Grundsatz aus, dass auch die Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Umwelt zu mehr Beschäftigung führen wird. Darüber hinaus trägt auch eine deutliche Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Beschäftigungsausgleich zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze bei. Dies ist ohnehin eine regelmäßige und zentrale Forderung der LINKEN.

Seit 1992 wurden (ohne Ausgliederungen und Verlagerungen) etwa 30% des Personals der Freien und Hansestadt Hamburg abgebaut. Das Ergebnis: eine massive Zunahme der Arbeitsbelastung der verbliebenen Beschäftigten und eine Unterversorgung der Bevölkerung mit notwendigen öffentlichen Dienstleistungen. DIE LINKE wird sich einer weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst, durch welche Kürzungsprogramme auch immer, entgegenstellen.

Hartz IV muss weg!

Hartz IV, dieses Kernelement neoliberaler Politik, hat die Massenerwerbslosigkeit nicht vermindert. Aber die Armut gefördert – per Gesetz. Allein im letzten Jahr stieg die Armutsquote in den ärmsten Hamburger Stadtteilen um weitere 2,4%. Hartz IV hat Lohndumping vorangetrieben, Angst vor Arbeitsplatzverlust verstärkt und die Betroffenen einem entwürdigenden Zwangsregime unterworfen.

Darum fordert DIE LINKE die Beendigung von Hartz IV. Das kann nur auf Bundesebene erfolgen, aber die Hamburger Politik kann und muss Druck dafür machen! Solange die Hartz-Gesetze nicht abgeschafft sind, fordern wir die Erhöhung der Regelsätze auf mindestens 500 € und die bedarfsgerechte Neuberechnung der Kinderbeträge anstelle des »Bildungspakets« als Einstieg in eine eigenständige Kindergrundsicherung.

In Hamburg fordern wir:

- Erhöhung der Mietzuschüsse für BürgerInnen mit geringem Einkommen, d.h. Anerkennung der tatsächlichen Miete und der Mietnebenkosten. Zwangsumzüge darf es in Hamburg nicht mehr geben!

- Einführung eines echten Sozialtickets und eines Sozialpasses für benachteiligte Bürger, der u.a. freien Eintritt zu öffentlich geförderten Einrichtungen und Veranstaltungen gewährt
- Repressionsfreien Umgang mit Arbeitsuchenden durch die Jobcenter und entsprechende Schulung und Aufstockung des Personals
- Vermittlung an private Träger nur mit Zustimmung der Arbeitsuchenden und unter Ausschluss von Sanktionen bei Verweigerung
- Permanente Kontrolle der privaten und öffentlichen Arbeitsvermittlung und Fortbildungsangebote auf Effizienz und Verhältnismäßigkeit im Sinne der Arbeitsuchenden. Solange es Hartz IV noch gibt, müssen die Jobcenter besser ausgestattet werden, um die ohnehin schon benachteiligten Menschen sach- und fachgerecht beraten zu können.

Kinderarmut bekämpfen!

Mindestens jedes vierte Kind in Hamburg lebt zur Zeit in Armut. Auf die ganze Stadt bezogen sind das rund 55.000 Kinder unter 15 Jahren, die abhängig von ihren Eltern von ALG II leben müssen. Wer als Kind in Armut aufwächst, droht als Jugendlicher ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung zu enden. Die Argumentation der anderen Parteien, es sei kein Geld da, ist für die Stadt eine wirklich teure Angelegenheit. Die drastische Zunahme der Ausgaben für Hilfen zur Erziehung ist nur ein Beleg dafür. Die vom Hamburger Senat angedachten bezirklichen Kürzungen bei Elternschulen und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) stoßen auf den entschiedenen Widerstand der LINKEN. Die OKJA ist ein wichtiger Anlaufpunkt für Kinder aus von Armut betroffenen Familien, weil sie eines der letzten kostenfreien Angebote der Stadt für sie darstellt. Der jetzige Senat diskutiert die Kinder- und Jugendhilfe im Wesentlichen unter dem Gesichtspunkt von Kosteneinsparungen. Dies wird an den »Neuen Hilfen« deutlich, die eingeführt werden sollen. Als Teilersatz für die sozialpädagogische Familienhilfe gedacht, soll hier auf Kosten der von Armut betroffenen Familien Kostendämpfung betrieben werden. Dabei geraten auch noch die Prinzipien der OKJA – Offenheit, Niedrigschwelligkeit und auf Selbstbestimmung bei den Kindern setzende Arbeit – in Gefahr. Die »Neuen Hilfen« in der jetzigen Form lehnen wir deshalb ab.

DIE LINKE fordert stattdessen:

- eine eigenständige Kindergrundsicherung
- einen Ausbau der Offenen Kinder- und Jugendarbeit
- keine weitere Entkommunalisierung von Einrichtungen
- eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Erziehungsberatungsangebote in den Stadtteilen
- bessere Personalausstattung des allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD)

Niedriglöhne abschaffen, einen gesetzlichen Mindestlohn einführen

Um Lohndumping einen Riegel vorzuschieben, setzt sich DIE LINKE ein für die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns von 10 € pro Stunde – wie es ihn in den meisten Staaten der EU schon gibt. Sie fordert vom Senat eine entsprechende Bundesratsinitiative. In einem »Hamburger Vergabegesetz« ist zu regeln, dass Aufträge der Stadt und der städtischen Betriebe nur an solche Firmen vergeben werden, die einen Mindestlohn von 10 € zahlen.

DIE LINKE setzt sich außerdem dafür ein, dass Niedriglöhne zurückgedrängt und die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten verbessert werden. Menschen brauchen nicht nur Arbeitsplätze, sondern müssen auch von ihrer Arbeit gut leben können. Daher fordern wir, die Leiharbeit wieder zu begrenzen und nur nach dem Grundsatz »Gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit« zuzulassen.

Außerdem muss aus dem Ladenöffnungsgesetz wieder ein Ladenschlussgesetz werden. Öffnungszeiten von 8:00 bis 22:00 Uhr an den Werktagen bieten genug Gelegenheit einzukaufen, daher sind Sonntags- und Sonderöffnungszeiten darüber hinaus unnötig.

Die Welt gehört allen – für die Gleichstellung von Frau und Mann

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eines unserer zentralen Anliegen. Denn die Diskriminierung der Frauen hat System: Sie haben weniger Einkommen, werden bei der Besteuerung benachteiligt, haben trotz besserer Schulabschlüsse immer noch schlechtere berufliche Möglichkeiten. Sie sind im Alter erheblich arbeitsgefährdet, potenziell häuslicher Gewalt ausgesetzt und haben aufgrund von Doppelbelastungen weniger Freizeit. Sie werden von der Forschung vernachlässigt und können über ihren Körper nicht selbst bestimmen. Der Aufenthaltsstatus von Migrantinnen ist vom Ehemann abhängig, die Bedarfsgemeinschaft fesselt sie. Sexarbeiterinnen werden anhaltend kriminalisiert. Auch die Verteilung der Steuern verläuft zu Gunsten des männlichen Geschlechts. Als Partei umfassender sozialer Gleichheit fordern wir für ein emanzipiertes Hamburg:

- eine vom Senat unabhängige Gleichstellungsstelle mit eigenen Haushaltsmitteln
- Novellierung des Gleichstellungsgesetzes im Öffentlichen Dienst und ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft
- Quoten in allen Gremien, geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender Budgeting) und ein Frauenförderung berücksichtigendes Vergaberecht
- einen jährlichen geschlechtsbezogenen Armutsbericht

- Maßnahmen zur Förderung der Frauengesundheit, frauenspezifische Abbildung von zentralen gesundheits-, bildungs- und sozialpolitischen Themen wie Psychiatrie, Sucht, Migration, Alter
- mehr Familienhebammen und Mütterberatungsstellen
- Wohnprojekte für obdachlose Frauen und den Ausbau der Frauenhäuser
- Aufhebung der Sperrgebiete auf St. Pauli und in St. Georg, Ausbau der Beratungsmöglichkeit für Sexarbeiterinnen
- bessere finanzielle Ausstattung von Lesbenprojekten
- Initiativen im Bundesrat für gesetzliche Mindestlöhne, sanktionsfreie Grundversicherung bei Erwerbslosigkeit und im Alter, Abschaffung des Ehegattensplittings und des § 218 StGB
- einen gesetzlichen Feiertag am Internationalen Frauentag (8. März).

Emanzipiert ist eine Gesellschaft nur dann, wenn jede und jeder sozial abgesichert ist und gleiche Chancen zur Realisierung selbstbestimmter Lebensentwürfe hat. Kinder dürfen kein Grund für ökonomische Abhängigkeit und Armut mehr sein! Wir fordern deshalb kostenfreie Kinderbetreuung und Ganztagschulen sowie die gerechte Umverteilung der Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung und Schaffung neuer, existenzsichernder Arbeitsplätze. Die Spaltung in gut ausgebildete Frauen, die den Unternehmen rund um die Uhr zur Verfügung stehen, und Frauen, die als billige Hilfskräfte in Dienstleistungsgewerben und Familien ausgebeutet werden, lehnen wir ab. Sexistischer Aggression in jeglicher Form treten wir entschieden entgegen. Wir wollen die Erfahrungen der Anderen wertschätzen, eigene Vorurteile erkennen, unsere Unterschiedlichkeit als Bereicherung sehen und uns gegenseitig respektieren. Gemeinsam sind wir stark! Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der jede und jeder Erwerbsarbeit, Sorge- und Familienarbeit, gesellschaftlich-politisches Engagement sowie Zeit für Bildung, Kultur und persönliche Weiterentwicklung gleichermaßen miteinander verbinden kann.

Jugendpolitik

Jugendpolitik wird im gesellschaftlichen Diskurs oft auf Bildung, Ausbildung und die soziale Situation junger Menschen verengt. Diese Punkte sind zwar sehr wichtig, treffen den Kern der Frage aber bei weitem nicht. Für uns ist Jugendpolitik ein Querschnittsbereich und nicht auf bestimmte Politikfelder eingrenzbar – denn die Lebenssituation von jungen Menschen orientiert sich an allem, was eine Gesellschaft ausmacht.

In vielen Diskussionen wird Jugendpolitik als Betroffenenpolitik verstanden. Wir hingegen verstehen darunter sowohl die Themen, die direkt in Verbindung

mit jungen Menschen stehen, als auch die Befähigung von Jugendlichen, selbst politisch zu handeln und im eigenen Namen zu sprechen. Diese beiden Punkte zusammenzubringen ist für uns das Ziel einer Politik von jungen Menschen und für junge Menschen – einer Politik, die die Lebensrealitäten aufgreift und radikal verändert.

Radikale Veränderungen sind notwendig, damit Jugendliche ihre Lebenswelten selbstständig gestalten können – es ist uns sehr wohl bewusst, dass die kapitalistische Gesellschaft mit ihrer Leistungs- und Wertlogik nicht den Rahmen hierfür bieten kann und deshalb letztlich mit ihr gebrochen werden muss. Doch auch innerhalb dieses Systems müssen wir soweit als möglich für die Verwirklichung einer befreiten Lebenswelt kämpfen. Unsere Forderungen sollen einen Schritt in diese Richtung unternehmen.

Oft wird Politik – auch Jugendpolitik – als ausschließliche Betätigung von PolitikerInnen wahrgenommen. Elementar für uns ist aber, dass gesellschaftliche Veränderung nur mit jungen aktiven Menschen gemeinsam voranzubringen ist. Darum gilt es, die nachstehenden Forderungen zusammen mit interessierten jungen Menschen in Hamburg umzusetzen.

Jugendhilfe und Bildungsgerechtigkeit

Jugendhilfe und Bildungspolitik müssen an den tatsächlichen Bedürfnissen ausgerichtet werden. Daher wollen wir Entscheidungsrechte von Jugendlichen in allen Institutionen einführen, in denen für oder mit ihnen gearbeitet wird, so dass nicht mehr über ihre Köpfe hinweg beschlossen werden kann. Insbesondere in Schulen müssen sie die Möglichkeit haben, über Inhalte, Formen und Umgebung des Lernens zu entscheiden. Auch deshalb dürfen keine weiteren Privatisierungen im Jugendbereich stattfinden.

Besonders bei »Häusern der Jugend« und Hilfen zur Erziehung darf nicht weiter gekürzt werden oder durch so genannte neue Hilfen versteckte Einsparungen vorgenommen werden.

Des weiteren fordert DIE LINKE im Bereich Jugendhilfe:

- die »Hilfen zur Erziehung« nicht weiter zu kürzen oder in der Kinder- und Jugendarbeit wie durch die so genannten neue Hilfen versteckte Einsparungen vorzunehmen
- eine Aufstockung des Personals der offenen Kinder- und Jugendarbeit, ohne Stellen in anderen Bereichen zu streichen
- eine Übernahme von sinnvollen befristeten Projekten der Jugendarbeit in den Jugendhilfeplan.

In Hamburg sind etwa 10.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Wir fordern ein Angebot an Ausbildungsplätzen, das jungen Menschen die Wahl lässt, sich nach ihren Interessen für eine Ausbildung zu entscheiden.

Ausbildung bei der Bundeswehr stellt keine Zukunft für Jugendliche dar. Bundeswehr-(An-)Werbung an Schulen und Universitäten verstößt gegen das Neutralitätsgebot von Bildungseinrichtungen und muss verboten werden.

Hartz IV/Selbstständigkeit: Gestaltungsmöglichkeiten des Landes

Junge Menschen haben ein Recht auf ein eigenständiges Leben. Es darf nicht sein, dass Menschen unter 25 Jahren noch besonderen Hartz IV-Schikanen unterworfen werden und etwa bei ihren Eltern wohnen müssen. Die Hamburger Jobcenter müssen angewiesen werden, den Mietzuschuss für ALG-II-Empfänger aufgrund der Wohnungssituation zu erhöhen und speziell für Jugendliche einzuführen, um das von der damaligen rot-grünen Bundesregierung eingeführte Zwangssystem zu beenden. Auch und besonders aus der Sicht Jugendlicher gilt deshalb: Hartz IV muss weg!

Mindestlohn/Studentische Tarifverträge

Junge Menschen arbeiten besonders oft in miserabel bezahlten Jobs – als Schritte dagegen fordern wir neben dem gesetzlichen Mindestlohn auch einen Tarifvertrag für studentisch Beschäftigte an den Hamburger Hochschulen.

Wohnungspolitik

In Hamburg herrscht Wohnungsnot, und gerade junge Menschen finden schwer bis gar nicht Zugang zu eigenem Wohnraum. Durch Wohnungsneubau und die Nutzung von leerstehendem Wohnraum muss auch Raum für sie geschaffen werden, insbesondere für Wohngemeinschaften und selbstorganisierte Wohnprojekte.

Kultur

Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen ist jenseits von Schule meist kostenpflichtig. Wir fordern den Ausbau von kostenlosen Kultur-, Sport- und weiteren Freizeitangeboten sowie die Förderung von selbst verwalteten Jugendprojekten.

Repression

In einigen Bezirken Hamburgs hat die Polizei Sondervollmachten, um willkürlich Personenkontrollen vorzunehmen, ohne dass Tatverdacht besteht. Dies trifft häufig Jugendliche mit Migrationshintergrund und schränkt die Bewegungsfreiheit ein. Wir fordern die sofortige Beendigung dieser Praxis. Auch in den Schulen muss vermehrt auf Sozialarbeit und präventive Pädagogik gesetzt werden – Polizisten haben an unseren Schulen nichts zu suchen, das »Cop4you«-Programm muss sofort eingestellt werden. Ein gutes Zusammenleben kann nur aus einer Stärkung sozialer Strukturen entstehen, nicht aus Strafen und Einschüchterung.

Drogenpolitik

Wir fordern eine Drogenpolitik, die auf Aufklärung anstatt auf Repression setzt, auf gesundheitlichen Aspekten und individuellen Freiheiten basiert. Den Dealern muss die Geschäftsgrundlage entzogen werden – die Kriminalisierung von Jugendlichen muss aufhören!

Recht auf Stadt: Bezahlbare Mieten

Das neoliberale Leitbild der »wachsenden Stadt« soll mit viel Marketing-Tamtam darüber hinwegtäuschen, dass »Aufwertung« für die meisten BürgerInnen keine Vorteile bringt, sondern Verdrängung aus ihrer Wohnung oder ihrem Stadtteil und Verlust an Lebensqualität bedeutet. Das »Recht auf Stadt« steht dagegen für ein anderes, selbstbestimmtes Leben in der Metropole: für die vielfältige Widerstandsbewegung gegen Verdrängung, für bezahlbare Mieten, für die Erhaltung von öffentlichen Grünflächen und eine wirklich demokratische Stadt – im Zentrum ebenso wie am Stadtrand. Das Recht auf Stadt formuliert Ansprüche aller StadtbewohnerInnen: Ansprüche gegen Eventbauten, Luxusmodernisierung, Gentrifizierung, Autobahnbau – kurz: gegen eine von Vermarktungsinteressen geleitete Politik, die auf Kosten der BürgerInnen den Ausverkauf der Stadt an einzelne Profiteure betreibt. Stadtentwicklungsprojekte wie beispielsweise der »Sprung über die Elbe«, leerstehende Bürotürme und die Alte Rindermarkthalle in St. Pauli, die »Neue Mitte Altona«, die Überdeckung der A7, die Sanierung des Gängeviertels, Möbel Höffner in Eimsbüttel und IKEA in Altona, aber auch die Trassenführung der geplanten Stadtbahn lösen Bürgerproteste aus, die von der Politik immer wieder übergangen und missachtet werden. Ein Umsteuern ist überfällig.

Menschenwürdiges Wohnen sowie die Versorgung mit Energie und Wasser sind Grundrechte der Menschen, die rechtlich auch verfassungsmäßig abgesichert gehören. DIE LINKE setzt sich auch in Hamburg für ein eigenständiges Grundrecht auf Wohnen in der Hamburger Landesverfassung ein, sozial, ökologisch und barrierefrei ausgestaltet. Mieterschutz und das Hinwirken auf angemessene Höchstgrenzen der Wohnungsmieten sind staatliche Aufgaben. Wenn kein zumutbarer Ersatzwohnraum zur Verfügung gestellt werden kann, müssen Zwangsräumungen von Wohnraum unzulässig sein.

In Hamburg fehlen 40.000 Wohnungen!

Seit 2001 hat sich der Mangel auf fast 40.000 Wohnungen summiert – Tendenz steigend, weil jedes Jahr nur etwa die Hälfte der neu benötigten Wohnungen gebaut wird. Und für diese werden meist Mieten verlangt, die die meisten nicht

bezahlen können. Der Wohnungsneubau muss deshalb nachhaltig intensiviert werden –notwendig sind **8.000 neue Wohnungen pro Jahr!**

Preiswerten neuen Wohnraum in großer Dimension muss vor allem die SAGA GWG schnellstmöglich zur Verfügung stellen. Hamburgs öffentliches Wohnungsunternehmen hat jedoch den sozialen Wohnungsbau faktisch eingestellt und muss 100 Mio. € jährlich aus den Mieteinnahmen an den Senat abführen, statt damit neu zu investieren. Dieses »Abmelken« der SAGA GWG muss sofort beendet, dieses Geld in den sozialen Wohnungsbau gesteckt werden!

Der Senat sollte zudem auf die Genossenschaften zugehen, um ihren Beitrag zum Wohnungsneubau zu erhöhen. Und bei derzeit 1,2 Millionen Quadratmetern leerstehenden Büroflächen in Hamburg ist auch die Umwandlung von Büro- zu Wohnraum in großem Umfang anzugehen.

Die Wohnungsnot und die Mietpreissteigerungen treffen die Ärmsten am härtesten. Die Notunterkünfte sind überfüllt und teilweise in erbärmlichem Zustand. Deshalb fordert DIE LINKE 1.000 zusätzliche hygienisch einwandfreie und menschenwürdige **Notunterkünfte** – sofort! Notunterkünfte dürfen immer nur eine vorübergehende Notlösung sein, aus denen heraus in ein eigenständiges Wohnen vermittelt werden muss. Die Verweildauer in der »Öffentlichen Unterbringung« ist in Hamburg jedoch inzwischen statistisch auf einen Zeitraum von mehreren Jahren angestiegen, das ist menschenunwürdig. Vor diesem Hintergrund ist auch der zügige Aus- und Umbau der Notunterkünfte von der bestehenden Massenunterbringung und prekären Mehrbettzimmern hin zu Einzelzimmern zwingend.

Klima- und Ressourcenschutz machen auch im jetzigen Wohnungsbestand umfangreiche Maßnahmen zur Energieeinsparung notwendig. Die hohen Kosten **energetischer Sanierungen** dürfen aber nicht allein auf die MieterInnen abgewälzt werden – sie erhöhen schließlich den Wert der jeweiligen Immobilie für die HauseigentümerInnen und sind als gesamtgesellschaftliche Herausforderung zu begreifen.

Von daher ist als Grundsatz eine Drittelung der Kosten anzustreben: je ein Drittel sollen der Staat als Zuschuss sowie HauseigentümerInnen und die MieterInnen beisteuern. Dabei sind einkommensschwache Mieter vor Mieterhöhungen zu schützen, die die Einsparungen bei den Heizkosten übersteigen.

Das **Mietrecht** muss künftig die besonderen Bedingungen von Ballungsräumen stärker berücksichtigen. Mieterhöhungen müssen gesetzlich stärker beschränkt, die Umlage von Modernisierungskosten muss sozial abgefedert werden. Hamburg soll die in diese Richtung gehende Bundesratsinitiative des Berliner Senats unterstützen. Die Berechnungsgrundlagen des Hamburger Mietspiegels sollen mit dem Ziel überarbeitet werden, Mietpreissteigerungen effektiver auszubremsen.

Zudem wollen wir die überbordenden Maklergebühren für die Vermittlung von Wohnraum stoppen. Durch eine kommunale oder genossenschaftliche Wohnungsagentur kann der Ausplünderung der Wohnungssuchenden begegnet werden.

Mobilität für alle

Bus- und Bahnfahren ist in der vermeintlichen »Umwelthauptstadt« Hamburg teuer. Und immer weiter drehen HVV und Senat an der Preisschraube. Schon jetzt ist der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) für viele unbezahlbar – und dabei immer noch so unattraktiv, dass er viel zu wenige Autofahrer zum Umsteigen bewegt.

Mobilität im ÖPNV muss für alle BürgerInnen möglich sein. Das heißt vor allem: Die **Fahrpreise** müssen insgesamt deutlich gesenkt werden. Vor allem die Angebote für SchülerInnen und das derzeit viel zu bürokratische Sozialticket müssen sehr viel billiger werden. Mittelfristig wollen wir das Bürgerticket für alle HamburgerInnen – eine kostenfreie Nahverkehrsnutzung. Geht nicht? Gibt's doch: Andere Städte machen es schon vor.

Hamburg braucht einen Gesamtverkehrsentwicklungsplan für die Region, der die Umorientierung vom motorisierten Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr organisiert. Dazu gehören auch deutlich verbesserte Angebote für PendlerInnen (20-Minuten-Takt für die Verbindungen nach Hamburg).

Das **HVV-Angebot** muss deutlich verbessert und erweitert werden: Wir brauchen kürzere Taktzeiten, mehr Sitzplätze, neue Stationen. Insbesondere fordern wir die S-Bahn auf eigenem Gleis nach Ahrensburg, die Stadtbahn-Anbindung verkehrlich benachteiligter Stadtteile (z. B. Steilshoop, Osdorfer Born) und mehr Metrobusse in Großsiedlungen, die nicht an Bahnstrecken angebunden sind. Zuschläge für Schnellbusse lehnen wir ab. Den Bau eines Stadtbahn-Netzes unterstützen wir unter der Voraussetzung, dass die Finanzierung durch den Bund gesichert ist. Die Trassenführung soll insbesondere die Belange der Menschen in den benachteiligten Stadtteilen berücksichtigen. Die Mitgliedsunternehmen des HVV sind auf das Allgemeinwohl zu verpflichten. Gewinne sind für den Ausbau des ÖPNV zu verwenden und nicht für den Konzerngewinn der DB oder den Kauf von Verkehrsunternehmen anderswo (HHA-Tochter Benex).

Auch hinsichtlich der **Barrierefreiheit** von Bahnhöfen hinkt Hamburg weit hinterher. Der Umbau der Stationen muss zügig vorangetrieben werden, denn bisher findet der notwendige Umbau der Stationen nur im Schnecken tempo statt.

Über 10.000 Menschen verunglücken jedes Jahr auf Hamburgs Straßen, 33 Verkehrstote gab es in 2009. Die Ursache ist meist zu schnelles Fahren, die

Opfer sind oft Kinder und ältere Menschen. Die **Verkehrssicherheit** soll durch die Einrichtung von mehr Tempo-30-Zonen und die Zurücknahme von Tempo-60-Zonen erhöht werden. Um einen besseren Verkehrsfluss zu ermöglichen, sollen an möglichst vielen sensiblen Stellen in der Stadt die Ampeln auf eine intelligente Schaltung umgerüstet werden. Die so genannten Bettelampeln gehören abgeschafft.

Der Senat muss sich planerisch und finanziell sehr viel stärker im **Lärmschutz** engagieren. Vor allem an den Hauptverkehrswegen ist die Lärmbelastung für AnwohnerInnen längst unerträglich geworden. Der Überdeckung der A7 stimmen wir zu, die Finanzierung darf jedoch nicht über den Verkauf des Geländes von Kleingärten erfolgen. Wohnviertel müssen für den Durchgangs- und Schwerlastverkehr gesperrt werden.

Die Verlegung und den Ausbau der Wilhelmsburger Reichsstraße zu einer autobahnähnlichen Straße lehnen wir ebenso ab wie die Hafenufersperre. Stattdessen muss ein Rückbau der Straße erfolgen und die durch **Wilhelmsburg** führende Bahntrasse durchgängig mit Lärmschutzwällen bzw. -wänden versehen werden.

Der **Radverkehr** gewinnt zunehmend als umweltfreundliches und kostengünstiges Verkehrsmittel an Akzeptanz und Bedeutung. Priorität hat die weitere zügige Einrichtung von Fahrradstreifen auf der Fahrbahn und das Installieren von Fahrradbügeln zum Anschließen der Räder. Radwege sind kontinuierlich instandzusetzen und vor dem Zuparken durch Autos zu schützen. Die Fahrradleihstationen müssen ausgeweitet werden.

Energiewende – für Klima und Natur

DIE LINKE betrachtet die Umweltfrage als Systemfrage: indem sie wirtschaftliche Verwertungsinteressen über alles stellt, zerstört die kapitalistische Produktionsweise die natürlichen Lebensgrundlagen. Dem ist nur mit einem tiefgreifenden sozial-ökologischen Umbau Einhalt zu gebieten, dessen Herzstück die Energiewende, der **Umstieg auf erneuerbare Energien**, ist. Dazu gehört die drastische Senkung des Energieverbrauchs, eine vielfach größere Energieeffizienz und der Umstieg auf 100% erneuerbare Energien. Die Energiewende kann nur durch breite Bewegungen und nur gegen die Konzerne durchgesetzt werden. Sie kann nur gelingen, wenn sie auf der Grundlage öffentlichen Eigentums und auf solidarische Weise organisiert wird.

Die GAL hat in Regierungsverantwortung einen Offenbarungseid geleistet. Die Propagandashow »Umwelthauptstadt 2011« täuscht nicht darüber hinweg, dass die vom Senat geplanten Maßnahmen keineswegs zur Erreichung der

notwendigen Klimaziele ausreichen. Allein das Kohlekraftwerk Moorburg wird jährlich bis zu 9 Mio. Tonnen CO₂ ausstoßen.

Kohle- und Atomkraftwerke verfestigen die Monopolstellung der Energiekonzerne, sie verhindern den Ausbau erneuerbarer Energien und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. DIE LINKE setzt sich ein für die vollständige Überführung der **Energieversorgung in das öffentliche Eigentum**, inklusive der Netze (Rekommunalisierung). Deshalb unterstützen wir das im Mai/Juni 2011 stattfindende Volksbegehren »Unser Hamburg – Unser Netz«. *Hamburg Energie* ist mit anderen Versorgungsunternehmen in öffentlicher Hand zu Hamburger Stadtwerken zusammenzuführen und soll die Stadt mit selbst produzierter Energie aus regenerativen Quellen und effizienter Kraft-Wärme-Kopplung versorgen. Das verbindliche Ziel muss eine klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus 100% erneuerbaren Energien zu sozialen Preisen sein.

Hamburg ist von Atomanlagen umzingelt. DIE LINKE deckte auf, dass allein im letzten Jahr 232 **Atomtransporte** aus dem Hamburger Hafen quer durch die Stadt fahren, zum Teil nur 30 Meter an Wohnhäusern vorbei. Wir erreichten eine Überprüfung der Sicherheitslage und ein neues Gefahrgüterkontrollkonzept – aber gegen Widerstand der GAL kein Verbot. Wir fordern:

- den sofortigen Stopp der Atomtransporte durch Hamburg und die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen – insbesondere der Schrottreaktoren Krümmel und Brunsbüttel und des mit MOX-Brennstäben betriebenen AKW Brokdorf
- keine Fernwärmetrasse für das Kohlekraftwerk Moorburg, keinen Neubau von Kohlekraftwerken
- Umstellung der Fernwärme- und Stromversorgung auf energieeffiziente und kohlenstoffarme Kraftwerkstechnologien wie Blockheizkraftwerke auf Erdgasbasis und Kraft-Wärme-Koppelung, damit Dreckschleudern wie das Kohlekraftwerk Wedel so schnell wie möglich stillgelegt werden können; unabdingbare Voraussetzung dafür ist die Senkung des Wärmeverbrauchs durch Beschleunigung der energetischen Gebäudesanierung
- bei der Gewährung von Asyl für Klimaflüchtlinge soll Hamburg eine Vorreiterrolle spielen
- gesetzliche Gewährleistung des Grundrechts auf Energieversorgung: Jahr für Jahr klemmen die Energieversorger über 15.000 Menschen vom Strom ab, und der Gasversorger E.ON kündigte 5.000 Menschen, die gegen Preiserhöhungen Einspruch erhoben. Dem muss gesetzlich Einhalt geboten werden!

Um der Zerstörung natürlicher Lebensräume Einhalt zu gebieten und die Lebensqualität in Hamburg zu verbessern, fordern wir außerdem:

- keine weitere Elbvertiefung, sondern ein norddeutsches Hafenkonzept, das mit einer sinnvollen Arbeitsteilung die Konkurrenz zwischen norddeutschen Häfen beendet und Arbeitsplätze sichert

- umfassende Maßnahmen für eine spürbare Reduktion des Autoverkehrs – dazu gehören insbesondere ein attraktiverer HVV mit deutlich niedrigeren Preisen sowie die ernsthafte Förderung des Fuß- und Radverkehrs
- Abschaffung der so genannten Hafenprivilegierung – auch bei Umweltzerstörung im Hafengebiet sollen ökologische Ausgleichsmaßnahmen vorgeschrieben sein
- schnellstmögliche Ausdehnung des Biotopverbunds auf 15% der Landesfläche, effektivere Maßnahmen gegen Flächenversiegelung.

DIE LINKE lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Weil das Nebeneinander von gentechnikfreien und gentechnisch veränderten Pflanzen auf Dauer unmöglich ist, fordern wir eine durchweg gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir unterstützen die Initiativen für eine **gentechnikfreie Metropolregion** Hamburg und die Vermarktung gentechnikfreier Produkte im Rahmen der Kampagne »Aus der Region für die Region«. In öffentlichen Kantinen, Schulen und Kitas sollten nur gentechnikfreie Lebensmittel angeboten und auch auf der Internationalen Bau- und Gartenbauausstellung in Wilhelmsburg 2013 der Grundsatz der Gentechnikfreiheit befolgt werden.

DIE LINKE spricht sich gegen die Nutzung von Lebensmittelpflanzen zur Energiegewinnung aus. DIE LINKE fordert eine konsequente Umsetzung der Tier- und Naturschutzgesetze.

Öffentlich statt Privat

Verkäufe von öffentlichen Unternehmen wie Hamburg Wasser, Stadtreinigung oder Hochbahn sollen nicht mehr möglich sein. Die Abwehr weiterer Privatisierung öffentlicher Unternehmen ist einen wichtiger Schritt zur Sicherung qualitativ hochwertiger, bezahlbarer öffentlicher Dienstleistungen für alle BürgerInnen der Stadt.

DIE LINKE unterstützt das laufende Volksbegehren, welches den Verkauf öffentlichen Eigentums durch Verfassungsrecht unter den Vorbehalt der Zustimmung durch die Bevölkerung stellt. Angesichts der großen Defizite in der sozialen und öffentlichen Infrastruktur ist es zudem erforderlich, auch bereits privatisierte Unternehmen wieder in kommunales Eigentum zu überführen.

Zurück in die öffentliche Hand

Mehr und mehr Kommunen gehen den Weg, Infrastrukturen und Netzmonopole wieder unter öffentliche Kontrolle zu nehmen. In Hamburg will die von einem Bündnis aus Verbraucher-, Umwelt- und kirchlichen Organisationen getragene Volksinitiative »Unser Hamburg – Unser Netz« die Hamburger Versorgungsnetze

für Gas, Strom und Fernwärme rekommunalisieren. Die Rücküberführung der Netze in städtisches Eigentum ist eine zentrale Voraussetzung, um die Energiepolitik der Stadt Hamburg klimafreundlicher und sozial gerechter zu gestalten und einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen.

Sie sollen von einem städtischen Unternehmen (**Stadtwerke**) übernommen werden, das die Netze auch über eigene Produktion mit Strom aus regenerativer Energie versorgt. Geschäftstätigkeit und Strategien dieses Unternehmens müssen öffentlich kommuniziert werden und der demokratischen Kontrolle durch Beschäftigte und Bevölkerung (Parlamente, Bürgerbeteiligung) unterliegen.

Stadtwerke stellen die Macht der Großkonzerne in Frage und zwingen sie zur Korrektur ihrer Preis- und Investitionspolitik. Im Bereich der Energieerzeugung könnte ein städtischer Anbieter darüber hinaus regenerative Energieerzeugung forcieren und die Klimabilanz Hamburgs nachhaltig verbessern. Städtische Einrichtungen und BürgerInnen hätten eine Alternative für den Bezug günstiger und sauberer Energie. Mit wenig Aufwand und Geld ist es hier möglich, politische Gestaltungsmacht zurückzugewinnen.

Die Stadt Hamburg sollte auch **Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen** zurückholen. Die Versorgung der Kranken und alten Menschen gehört nicht in die Hände von gewinnorientierten Unternehmen. Der Landesbetrieb Krankenhäuser und der privatisierte Teil von »Pflegen & Wohnen« müssen wieder als städtische Unternehmen geführt werden. Nur so ist zu gewährleisten, dass sich die Versorgung der Kranken und alten Menschen an deren Bedürfnissen und am medizinisch Notwendigen orientiert, und dass fachlich gut ausgebildetes Personal ohne permanente Überlastung und Zeitdruck seine wichtige Arbeit tun kann.

Städtische Unternehmen: Fundament einer solidarischen Wirtschaft

Auch die Geschäftspolitik anderer öffentlichen Unternehmen der Stadt, wie z.B. **SAGA GWG** und **Hamburger Hochbahn**, muss künftig eindeutig gemeinwohlorientiert ausgerichtet werden. Die SAGA ist auf den Bau preiswerter Wohnungen zu verpflichten und die Hamburger Hochbahn auf die Versorgung der Stadt mit bezahlbaren Verkehrsleistungen. Dies Prinzip muss in gleicher Weise auch für die anderen 250 öffentlichen Unternehmen gelten, die wieder auf ihren öffentlichen Auftrag verpflichtet werden müssen. Nicht zuletzt wenden wir uns gegen die Privatisierung des Hafens und der damit zusammenhängenden Infrastrukturen.

Demokratisch kontrollierte und aufs Gemeinwohl verpflichtete Unternehmen der Stadt leisten einen wesentlichen Beitrag zur kommunalen Wertschöpfung, zur Sicherung und Ausbau von Beschäftigung und zur Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten, qualitativ hochwertigen Gütern und Dienstleistungen. Sie sind zentrale Bausteine für eine solidarische Wirtschaft, die die Grundlage gibt für ein soziales, ökologisches und solidarisches Hamburg für alle.

Hafen

Der Hamburger Hafen ist ein wichtiges Zentrum der Wirtschaft in Hamburg. Es bleibt wichtige Aufgabe der Stadt, Infrastruktur und die Rahmenrichtlinien für den Hafen vorzugeben und die dafür notwendigen Investitionen aufzubringen.

Allerdings muss die Hafententwicklung auch die ökologischen und sozialen Verhältnisse in dieser Stadt beachten und berücksichtigen. Eine weitere Elbvertiefung ist nicht zu verantworten. Unabhängig davon wird die Stadt über ihren Tellerrand schauen und sich auf eine veränderte Rolle in der internationalen Schifffahrt einstellen müssen.

DIE LINKE trägt eine besondere Verantwortung gegenüber den Arbeitsverhältnissen in dieser Stadt. Sie haben sich in den letzten Jahren im Hafen und den angegliederten Speditionen vielfach verschlechtert. Umso wichtiger bleibt die Aufgabe, diese bei den Hafenunternehmen zu verteidigen. Das betrifft sowohl die direkten Arbeitsverhältnisse, den Gesamthafenbetrieb als auch die neuen Drohungen aus der EU, ein Port Package 3 einzuführen. Und DIE LINKE sieht es als ihre Aufgabe an, die Hamburg Port Authority (ehemals Strom- und Hafenbau) vor einer Privatisierung und Zerschlagung zu bewahren.

Bildung für alle – gebührenfrei und demokratisch

DIE LINKE geht von einem Menschenrecht auf Bildung für alle aus. Sie tritt für ein einheitliches und demokratisches Bildungswesen ein. Das Bildungssystem in Deutschland ist eins der ungerechtesten in der Welt.

Frühkindliche Bildung für alle

Die Qualität der Kindertagesbetreuung und die Zahl der Kindertageseinrichtungen sind in Hamburg nicht zufriedenstellend. Nach wie vor hängt die Bewilligung von Kita-Plätzen außerhalb des Rechtsanspruchs auf fünf Stunden Betreuung einschließlich des Mittagessens davon ab, ob Eltern arbeiten gehen oder nicht. Seit dem August 2003 wurde mit der Einführung des Kita-Gutschein-systems die Kindertagesbetreuung privatisiert. Diese Form der Privatisierung, die unweigerlich mit dem Verlust von Qualitätsstandards und mit Gehaltseinbußen verbunden ist, muss zurückgenommen werden.

Die Einführung einer »verlässlichen Betreuung an Ganztagschulen« lehnt DIE LINKE in ihrer jetzigen Form ab. Denn das Gebührenmodell belastet einseitig die unteren und mittleren Einkommen mit Kopfpauschalen, und es handelt sich um eine verkappte Kürzung zu Lasten der Qualität der Betreuung: statt 18.000 Kinder sollen 28.000 Kinder mit dem gleichen Budget betreut werden. Das läuft

auf eine bloße Verwahrung der Kinder hinaus. Auch die organisatorischen und räumlichen Bedingungen sind nicht seriös geplant. Unter diesen Bedingungen fordert DIE LINKE eine sorgfältige Auswertung der zur Zeit laufenden fünf Modellprojekte und Garantien für die bisherigen Träger, damit die benötigten Plätze in den Horten kontinuierlich ausgebaut werden können.

DIE LINKE fordert:

- langfristig Ganztagsplätze für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr – wir unterstützen daher als Einstieg die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf Plätze in der Kindertagesbetreuung für alle zweijährigen Kinder
- eine gebührenfreie und durch Steuern finanzierte frühkindliche Bildung. Solange keine Gebührenfreiheit erreicht ist, müssen Familien, die Arbeitslosengeld II beziehen oder entsprechend geringes Einkommen haben, sofort von den Kita-Gebühren und den Essensgeldpauschalen freigestellt werden
- eine bessere Ausbildung und Qualifizierung von ErzieherInnen – das Ausbildungssystem muss auf das Fachhochschulniveau angehoben werden
- eine bessere personelle Ausstattung der Kitas und die Abschaffung der Personalkostenpauschalisierung, die zur Lohnabsenkung bei den Kita-Beschäftigten geführt hat
- die Finanzierungsbeitragung des Bundes, damit die Kommunen und Länder die Kindertagesbetreuung nicht allein bezahlen müssen.

Als ersten Schritt in Richtung auf längeres gemeinsames Lernen, Gebührenfreiheit und bessere Personalausstattung unterstützt DIE LINKE die Volksinitiative »(Früh)kindliche Bildung ist ein Grundrecht!« des Landeselternausschusses Kindertagesbetreuung (LEA).

Allgemeinbildung für alle

DIE LINKE hat sich aktiv an der Volksinitiative »Eine Schule für Alle« und für die Einführung der 6-jährigen Primarschule beteiligt. Die Bildungsgerechtigkeit wäre mit der Einführung der Primarschule nicht beseitigt, sondern allenfalls gemildert worden. Deshalb war die Primarschulreform für uns immer nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Auch nach dem Scheitern deren flächendeckender Einführung hält DIE LINKE an dem Ziel der Einen Schule für Alle mit einem inklusiven System von Klasse 0 bis Klasse 10 fest. Schulfrieden kann es nur auf der Grundlage von Bildungsgerechtigkeit geben.

DIE LINKE fordert:

- Flächendeckender Ausbau der Grund- und Stadtteil- zu echten Ganztagschulen
- Kostenloses Mittagessen an Schulen
- Volles Elternwahlrecht auch nach Klasse 6
- Abschaffung aller Ausleseinstrumente wie Abschulen, Schullaufbahneempfehlungen und Zensuren

- Förderung der Schulversuche mit Starter- und Langformschulen
- Senkung der Klassengrößen in Stadtteilschulen auf 23 SchülerInnen und 19 SchülerInnen in sozial benachteiligten Stadtteilen
- Bessere personelle Ausstattung mit SonderpädagogInnen, PsychologInnen, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen, TherapeutInnen, Krankenpflegern und Krankenschwestern
- Abschaffung des Lehrerarbeitszeitmodells, Anpassung der Unterrichtsverpflichtung und Beratungszeit an andere europäische Länder, wie z.B. Finnland. Festeinstellung von allen Beschäftigten in Bildungseinrichtungen mit tarifvertraglicher Bezahlung
- Demokratisierung der Schulen: Rückkehr zur gewählten kollegialen Schulleitung
- Stopp der Privatisierung:
 - Stärkung der öffentlichen Schulen, Rückführung der Privatschulförderung auf 70 % des Schülerkostensatzes
 - Rückführung der beruflichen Schulen, des Schulbaus und der Instandhaltung ins staatliche Schulwesen
 - ausreichende Nachhilfeangebote an Schulen
 - keine Auslagerung von Mittagessen, Nachhilfe, Therapie usw. an Private
 - keine Bewerbung von Hamburg als Hartz IV-Modellregion für das Bildungspaket
 - Alle Integrationsklassen und integrativen Regelklassen müssen auch in Zukunft materiell und personell mindestens so gut ausgestattet werden wie bisher
 - Regionale Bildungskonferenzen mit mehr Entscheidungsbefugnissen.

Berufsausbildung für alle in einem anerkannten Ausbildungsberuf

In Hamburg fehlen etwa 10.000 Ausbildungsplätze. Jedes Jahr werden tausende Jugendliche in Warteschleifen abgeschoben und als nicht »ausbildungswillig« und nicht »ausbildungsfähig« aus der Statistik genommen. Die Ausbildungsplatzstatistik der Arbeitsagentur ist schon lange nicht mehr aussagekräftig. Deshalb muss die Schulbehörde endlich eine integrierte Schulstatistik schaffen. Jede und jeder Jugendliche, der eine Ausbildung in einem anerkannten Beruf anstrebt, muss die Möglichkeit dazu erhalten. In den Betrieben gibt es weniger Ausbildungsplätze als jedes Jahr für die SchulabgängerInnen benötigt werden. Die Appellpolitik der letzten Senate hat daran nicht viel geändert.

Das vom Senat geplante Hamburger Ausbildungsmodell (HAM) sieht auf dem Papier gut aus: 1. Ausbildungsjahr in der Berufsschule, 2. Ausbildungsjahr in der Lehrwerkstatt und 3. Ausbildungsjahr im Betrieb. Damit sollen Warteschleifen abgebaut werden. Aber: Ins HAM dürfen nur so genannte ausbildungsreife

Jugendliche, die sich »förmlich« bewerben müssen. Das HAM ist erst in diesem Jahr mit nur 50 Ausbildungsplätzen gestartet, von denen lediglich 27 mit Jugendlichen besetzt wurden.

DIE LINKE fordert ein Angebot an dualen, aber auch außerbetrieblichen und schulischen Ausbildungsplätzen, das jungen Menschen die Wahl lässt, sich nach ihren Interessen für eine Ausbildung zu entscheiden. Im Öffentlichen Dienst müssen deutlich mehr Ausbildungsplätze geschaffen und die Übernahme garantiert werden. Private Unternehmen, die nicht oder zu wenig ausbilden, müssen eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen. Als Maßstab dient uns eine Quote von 10% der Auszubildenden in allen Betrieben oder die tarifvertragliche Regelung in Höhe einer Umlagefinanzierung in Form von 1,5% der Lohnsumme. Die Ausbildung bei der Bundeswehr stellt keine Zukunft für Jugendliche dar. Bundeswehr-(An-)Werbung an Schulen und Universitäten verstößt gegen das Neutralitätsgebot von Bildungseinrichtungen und muss verboten werden.

Der Fort- und Weiterbildung kommt eine zunehmende Bedeutung zu. Auch Arbeitslose und Menschen mit geringem Einkommen müssen die Möglichkeit haben, an den Angeboten teilzunehmen. Das bedeutet: Wir setzen uns für eine starke Reduzierung der Teilnahmegebühren ein bzw. einen kostenlosen Zugang zu den Angeboten für die oben genannten Bevölkerungsgruppen. Darüber hinaus muss das Angebot ausgebaut werden.

Hochschulen

Die Hochschulen müssen sozial offen, demokratisch und finanziell unabhängig von Kapitalinteressen werden.

- Hamburgs Hochschulen sind dramatisch unterfinanziert. Die Hamburger Universität ist die fünftgrößte in Deutschland, doch kein Bundesland gibt im Verhältnis zur Wirtschaftskraft so wenig für Bildung aus wie Hamburg. Dadurch entgehen Hamburg zusätzliche Mittel z.B. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft. DIE LINKE tritt für eine bedarfsdeckende staatliche Hochschulfinanzierung zur Überwindung des strukturellen Defizits ein.
- DIE LINKE will die Studiengebühren abschaffen. Sie schrecken Menschen aus weniger begüterten Elternhäusern ab, beschränken allgemeinbildende Anteile im Studium und behindern die demokratische Teilnahme am Hochschulleben. In der Bürgerschaft haben wir im März 2008 und im Dezember 2010 die Abschaffung der Studiengebühren beantragt. Beide Male haben SPD und GAL die Gelegenheit nicht genutzt. DIE LINKE wird nicht locker lassen!
- Wir setzen uns entschieden für die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium ein. Den Studierenden muss eine sinnvolle und eigenständige Studiengestaltung möglich sein. Die Enge und die scharfe Zweiteilung des Bachelor-Master-Systems lehnen wir deshalb ab. Wir fordern die rasche Überwindung

des Bachelor-Master Systems und die Neugestaltung der Lehrpläne durch Studierende und Lehrende.

- Verantwortungsvolle Wissenschaft zielt ebenso auf die Entfaltung der Persönlichkeit wie auf die gemeinsame Verbesserung der Lebensbedingungen aller. Deshalb fordern wir u.a. den Ausbau der Friedensforschung und ein Verbot von Rüstungsforschung.
- Das Bundesverfassungsgericht hat das Hamburgische Hochschulgesetz aufgrund mangelnder Mitbestimmungsrechte als teilweise verfassungswidrig verurteilt. Um die Hochschulen wieder zu demokratisieren, fordern wir die Stärkung der gruppenübergreifenden akademischen Selbstverwaltung und die Abschaffung der Hochschulräte.
- Wir haben intensiv dazu beigetragen, einen Uni-Umzug auf den Kleinen Grasbrook zu verhindern. und den 70 Mio. € teuren Neubau der Hafencity-Universität lehnen wir ebenfalls entschieden ab. Wir unterstützen die Erweiterung der Universität in Eimsbüttel und den Ausbau der »Universität für Baukunst und Metropolenentwicklung« in der City-Nord.
- DIE LINKE setzt sich für den nachfrageorientierten Ausbau der Studienplätze an allen Hamburger Hochschulen ein, um einen offenen Hochschulzugang für Menschen mit und ohne Abitur zu erreichen. Wir fordern eine bedarfsdeckende, elternunabhängige und staatliche Ausbildungsfinanzierung.
- Der Studiengang Sozialökonomie und die Masterstudiengänge der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) soll in einer neuen Fakultät für Wirtschaft und Politik an der Universität Hamburg gesichert und fortgeführt werden. Dabei soll der Hochschulzugang auch ohne Abitur, das exemplarische Lernen in Projektstudien, die Theorie-Praxis-Reflexion in Lehre und Forschung sowie die Interdisziplinarität der Studiengänge beispielhaft für die Entwicklung an den Hamburger Hochschulen werden.

Lebensqualität für alle – Gesundheit ist keine Ware!

Gleiche Förderung der Gesundheit für alle

Gesundheit ist ein wichtiger persönlicher und gesellschaftlicher Wert: ein "Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.« (Verfassung der Weltgesundheitsorganisation). Die ungleiche Verteilung von Gesundheit ist eine Folge der Bildungs- und Einkommensungleichheit sowie gesteigerter Arbeitsbelastung. Gesundheitsrisiken, Gesundheitsversorgung und -förderung dürfen nicht privatisiert und damit dem Profitstreben untergeordnet werden.

Alle Menschen müssen, unabhängig von ihrem sozialen Status und Einkommen, unentgeltlichen Zugang zu allen Versorgungseinrichtungen haben. DIE LINKE tritt deshalb bundesweit für die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung ein. Bei jedem vierten Hamburger Kind werden bei der Einschulung Entwicklungsstörungen und gesundheitliche Probleme festgestellt. Dennoch wollten GAL und CDU bei den Schulärzten streichen. DIE LINKE sagt: Hände weg vom schulärztlichen Dienst – der öffentliche Gesundheitsdienst in Hamburg muss gestärkt werden! Hamburg braucht konkrete Gesundheitsziele und ein stabiles Netz von Beratungsstellen für alle und insbesondere für die, die Kinder erziehen. Die medizinische Versorgung muss sich am Bedarf orientieren und nicht an finanziellen Interessen! Sie muss wohnortnaher organisiert, ambulante und stationäre Versorgung besser miteinander verzahnt werden. Eine regelmäßige einkommens-, altersgruppen- und geschlechterbezogene Gesundheitsberichterstattung muss die Grundlage dafür sein. Die Privatisierung der städtischen Krankenhäuser (LBK) war ein schwerer Fehler und muss auf mittlere Sicht rückgängig gemacht werden. Das UKE als universitäres Forschungs-, Lehr- und Versorgungskrankenhaus muss in öffentlicher Hand bleiben. Krankenversorgung, Forschung und Lehre müssen durch strenge Regularien und Kontrolle von der kommerziellen Einflussnahme durch Pharmakonzerne und Gerätehersteller befreit werden.

Die Mediziner Ausbildung im Studium muss grundlegend inhaltlich reformiert werden zu Gunsten eines ganzheitlichen Menschenverständnisses, der Einbettung positiver Gesundheitsentwicklung in den sozialen und kulturellen Kontext und medizinethischer Fragen. Eine so veränderte Ausbildung der Mediziner ist ein notwendiger Schritt zur Umsetzung der WHO-Gesundheitsbestimmung.

Aids: gegen Stigmatisierung und Ausgrenzung

DIE LINKE Hamburg fordert:

- keine Ausgrenzung von HIV-Infizierten
- keine Kürzungen bei den Trägern
- Ausbau der Sexualberatungsstellen wie Pro Familia
- Ausbau der Sexualaufklärung in Kita und Schule
- Ausbau der Forschung.

Linke Drogenpolitik: Hilfe statt Strafe

DIE LINKE tritt entschieden für Entkriminalisierung jeglichen Drogenkonsums ein. Verbote halten niemanden davon ab Alkohol, Haschisch, Kokain oder Heroin zu konsumieren. Verbote, Verfolgung und Haft einerseits und ein gesellschaftliches Klima der Ausgrenzung andererseits sind zwei Seiten einer Medaille. Täglich hundertfache polizeiliche Platzverweise und Ingewahrsamnahmen sind Ausdruck

unbarmherziger Kälte. So kann es nicht verwundern, dass zum wiederholten Male einige AnwohnerInnen, diesmal der Virchowstraße in Altona, die Umsiedlung der Drogenberatungsstelle Stay Alive in ihre Nähe ablehnen. DIE LINKE und alle anderen Parteien der Altonaer Bezirksversammlung haben sich für die dortige Ansiedlung ausgesprochen.

Solange Repression vor Prävention und Hilfe vom Senat als eine Säule der Drogenpolitik gesehen wird, solange kann es auch sein, dass ähnlich wie zur Primarschulreform Bevölkerungsmehrheiten gegen die eigenen Interessen mobilisierbar sind. Gerade weil fast in jedem größeren Familienverbund oder KollegInnenkreis Suchtprobleme aktuell sind, gucken wir genau hin und fordern deshalb die zusätzliche Einrichtung dezentraler Konsumräume in den Stadtteilen, in denen sich die KonsumentInnen aufhalten.

Überlebenshilfen sind so wichtig wie Therapieplätze. Körperlichen und psychischen Krankheiten muss mit dem Ausbau des Hilfesystems begegnet werden. Zur Vermeidung von Obdachlosigkeit bedarf es ausreichender Angebote an Wohnungen, in denen im Bedarfsfall medizinische und psychosoziale Leistungen unbürokratisch für alle betroffenen Menschen vorgehalten werden.

Zur Finanzierung nachhaltiger Hilfe muss auch hier das Verursacherprinzip gelten. Es sind nicht die Kleindealer, sondern die Großbanken durch Finanzierung der großen Transaktionen und die Pharmakonzerne, die das große Geschäft mit der Sucht machen. Sie müssen zur Kasse gebeten werden. Besitz und Erwerb von Drogen müssen straffrei sein. Würde die Prohibition aufgehoben, dann würde durch den Wegfall des Schwarzmarktaufschlages die Profitrate drastisch sinken und das Kapitalinteresse an Herstellung und Handel nachlassen.

Ein senioren- und familienfreundliches Hamburg

Senioren und Eltern mit Kleinkindern haben in Hamburg viele Barrieren zu überwinden, wenn sie sich im öffentlichen Raum fortbewegen wollen. Die vorhandene Infrastruktur ist deshalb senioren- und familienfreundlich und generell behindertengerecht zu entwickeln. Auch im sozialen Wohnungsbau ist mehr barrierefreier Wohnraum zur Verfügung zu stellen, um der Nachfrage nach alters- und behindertengerechtem Wohnen zu entsprechen. Seniorentreffpunkte und Familienberatungsstellen müssen erhalten werden. Sie dienen ebenso wie Betreuungsdienste der Kommunikation und wirken Vereinsamung entgegen.

Gute Pflegestrukturen entwickeln

Auch in der Pflege muss es eine solidarische Bürgerversicherung für alle geben. Das Prinzip der paritätischen Finanzierung darf nicht weiter ausgehebelt werden. Wir lehnen die Einführung einer privaten Zusatzversicherung grundsätzlich ab und fordern, dass Hamburg im Bundesrat dagegen aktiv wird.

Die Privatisierung von »Pflegen & Wohnen« hat den Pflegenotstand in Hamburg verschärft und die Vorliebe des CDU-GAL-Senats für stationäre Pflege zwingt Menschen gegen ihren Willen in Heime. Mit höherer Lebenserwartung gibt es immer mehr Pflegebedürftige in Hamburg. Sie haben oft mehrfache Erkrankungen, die hohe Anforderungen an die Pflegenden stellen. Deshalb dürfen die Ausbildungs- und Pflegestandards sowie der Fachkraftschlüssel nicht gesenkt werden. Die Förderung einer kultursensiblen Pflege ist in einer Stadt mit vielen MigrantInnen besonders wichtig. Die ergänzenden Betreuungs- und Pflegeangebote sind weiter auszubauen.

UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen

Die UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2006 verpflichtet Hamburg darauf, die Rechte auf Selbstbestimmung, Diskriminierungsfreiheit und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung umzusetzen. Die gleichberechtigte Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft ist nur durch ein Leben ohne Barrieren möglich.

Die Herstellung körperlicher Barrierefreiheit, wie die Zugänglichkeit öffentlicher Einrichtungen, bedeutet zuerst die Überwindung gedanklicher Barrieren und Vorurteile. Insofern ist die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention mehr als ein Bündel von Maßnahmen; es ist auch ein gesellschaftlicher Prozess, den wir als LINKE fördern wollen.

Umsteuern, nicht kürzen! Haushaltspolitik für ein soziales Hamburg

Hamburg ist die reichste Stadt der Bundesrepublik, eine der wirtschaftsstärksten Regionen Europas und mit 627 Einkommensmillionären Hauptstadt der Millionäre. Die Kehrseite des immensen privaten Reichtums ist die öffentliche Armut. Die öffentlichen Kassen sind leer. Die Haushaltspolitik von CDU und GAL hat in den letzten beiden Jahren zu Verlusten von zwei bis vier Mrd. € geführt. Daran waren nicht nur die infolge der Wirtschaftskrise sinkenden Steuereinnahmen schuld, sondern auch die Entscheidung, mit Steuergeld für die Verluste der HSH Nordbank einzustehen – und der ungenierte Griff in die Steuerschatulle, um Protz-Projekte wie die Elbphilharmonie zu bezahlen.

Mit Verweis auf den Schuldenberg wollen alle Parteien außer der LINKEN massive Kahlschlagprogramme durchsetzen. Damit würgen sie jede nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ab, drücken nach den Schwächsten auch NormalverdienerInnen an die Wand – und tragen auch zum Schuldenabbau nichts bei, weil sie nicht an den Ursachen der Haushaltsmisere rühren. Diese liegen in der

skrupellosen Steuerpolitik der letzten 20 Jahre. Die Steuern für Vermögende und ihre Erben, für Konzerne, Großverdiener und Spekulanten wurden ins Bodenlose gesenkt oder abgeschafft. Sie beteiligen sich kaum noch an der Finanzierung des Gemeinwesens, zocken stattdessen Weltwirtschaft und Währungen in die Krise und profitieren obendrein von den milliardenschweren »Banken-Rettungspaketen«. Arme und NormalverdienerInnen sind diejenigen, die für all das bluten müssen. Durch Konsumsteuererhöhungen, Gebührenerhöhungen und Kürzungen bei öffentlichen Leistungen.

Damit muss Schluss sein. Schon jetzt lebt in Hamburg jedes vierte Kind in Armut, ist in manchen Stadtteilen jedeR Dritte auf Sozialleistungen angewiesen, die für ein menschenwürdiges Leben nicht reichen. Eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik muss vor allem die Reichen und Superreichen zur Kasse bitten und dem Ziel verpflichtet sein, durch gute öffentliche Leistungen die Lebensqualität der breiten Bevölkerung zu verbessern. Unser Konzept sieht einen Mix aus steuerpolitischen Maßnahmen, Umschichtungen und Neuverschuldung vor. Zentral aber ist und bleibt: Die Einnahmesituation muss massiv verbessert werden.

Einnahmen verbessern – sozial gerecht

Initiativen für sozial gerechte Steuerpolitik im Bund: Die seit 20 Jahren von unten nach oben umverteilende Steuerpolitik des Bundes muss endlich umgekehrt werden. Dafür arbeitet DIE LINKE im Bundestag, dafür muss aber auch das Land Hamburg im Bundesrat aktiv werden. Wir wollen, dass der Senat dort Initiativen einbringt für

- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (5 % auf Vermögen oberhalb einer Million €). Sie bringt Hamburg schätzungsweise 2-4 Mrd. € mehr – jedes Jahr!
- die Erhöhung der Erbschaftssteuer
- die Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer auf das Niveau zur Zeit der Regierung Helmut Schmidts (56%); Abschaffung des Ehegattensplittings
- die Einführung einer Transaktionssteuer, d.h. Besteuerung von Aktien- und anderen Wertpapierverkäufen
- den Umbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer, die auch Freiberufler, Ärzte etc. einbezieht.
- Die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer sollte auf aktuelle Verkehrswerte umgestellt werden.

Steuergesetze auch anwenden: Das Hamburger Finanzamt für Großunternehmen gilt als das lascheste bundesweit. Und innerhalb Hamburgs zahlt man nirgendwo so wenig Steuern wie an der Elbchaussee. Kein Wunder: Die Steuerprüfung kontrollierte im vergangenen Jahr nur 31 der 627 Einkommensmillio-

näre. Bei ihnen ist viel zu holen: 80 Mio. € brachten schon Selbstanzeigen von Steuerhinterziehern, denen die Offenlegung ihrer Liechtensteiner Bankkonten drohte. Wir fordern die Einstellung von 150 zusätzlichen Steuerprüfern. Das bringt Hamburg jährlich 150-170 Mio. € mehr.

Landes- und Kommunalsteuern: Wir schlagen eine behutsame Erhöhung der Grunderwerbssteuer und der Gewerbesteuer auf ein Niveau vor, das andere Wirtschaftsstandorte schon jetzt gut vertragen. Zusammengenommen ergibt das Mehreinnahmen von mindestens 100 Mio. € pro Jahr.

Umschichten statt kaputtkürzen

In der Haushaltspolitik müssen die Prioritäten ganz anders als bisher gesetzt werden. Umfangreiche Umschichtungen im Haushalt sind möglich – das führt der Rest-Senat gerade vor, indem er die Stadtbahn schlagartig stoppt. Wir schlagen vor, den Bau der Hafencity-Universität, den Neubau der BSU-Zentrale in Wilhelmsburg, die Elbvertiefung und noch nicht beschlossene IBA-Projekte zu stoppen, ebenso die Reiterstaffel oder die neue Schießanlage der Polizei. Außerdem soll Hamburg die Subventionen für private Großunternehmen streichen, die selbst immense Gewinne erwirtschaften (z.B. Airbus). Die Stadt kann zudem ihre Betriebskosten spürbar senken – nicht zu Lasten der Beschäftigten, sondern durch konsequente Nutzung eigener Büroflächen und ein Zurückfahren des Stadtmarketings. 300 Mio. € oder mehr könnten dadurch frei werden – und etwa für Wohnungsbau und Kitas zur Verfügung stehen.

Hamburg wird 2010-12 aufgrund der anziehenden Konjunktur 1,4 Mrd. € mehr Steuern einnehmen als im Haushalt verplant. CDU, GAL und SPD wollen mit diesem Geld Schulden abbauen – und weiterhin bei der Kultur, bei Kindern und Jugendlichen, bei den Bezirken und beim Weihnachtsgeld kürzen, bei den städtischen Gebühren, HVV-Preisen und SAGA-Mieten kräftiger zulangen. Diese Rotstiftpolitik, die bei einfachen BürgerInnen Geld eintreibt, um es Banken und Vermögenden zu schenken, untergräbt die Zukunftsfähigkeit der Stadt und die Lebensperspektiven der Menschen.

Wir wollen eine Strukturpolitik durchsetzen, die mit Schaffung von Arbeitsplätzen, besserer Bildung und Gesundheitsversorgung, Investitionen in ökologisch nachhaltige Projekte, in den sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Nahverkehr die Lebensqualität der Bevölkerung verbessert und damit die lokale Wirtschaft ankurbelt. Dafür muss die Stadt Hamburg nicht kürzen. Sie muss nur solidarisch wirtschaften und den Reichtum gerecht verteilen. Allerdings: solange sich die Einnahmeseite nicht nachhaltig verbessert, müssen die erforderlichen Mittel auch durch Neuverschuldung aufgebracht werden. Wir brauchen keine Schutzschirme für Banken. Wir brauchen Schutzschirme für Kinder und Jugendliche, für Erwerbslose und Rentner, für Umwelt und Kultur. Nur DIE LINKE

hat den Willen zum entschlossenen Umsteuern – und Konzepte für eine sozial gerechte, zukunftsorientierte Haushaltspolitik. Ein soziales und ökologisches Hamburg für alle ist finanzierbar!

Kultur für alle statt Stadtvermarktung

Der schwarz-grüne Amoklauf gegen die Kultur in Hamburg im Jahre 2010 (mit der Drohung, das Altonaer Museum zu schließen, das Schauspielhaus und die Öffentlichen Bücherhallen einzudampfen, bei Bürgerhäusern zu kürzen usw.) war nur der vorerst letzte Akt eines Trauerspiels. Seit über 15 Jahren sind die meisten kulturellen Einrichtungen in Hamburg »gedeckelt«, was nichts anderes heißt, als dass ihre Etats über 25% gekürzt wurden. Die Folgen sind massive Unterfinanzierungen überall.

Demgegenüber stellen wir fest:

- Die kulturelle Infrastruktur dieser Stadt muss nicht nur erhalten, sondern ausgeweitet werden. Das muss sich auch im Kulturhaushalt widerspiegeln: er gehört aufgestockt!
- Wir treten ein für freien Eintritt in den Hamburger Museen und für ein Kulturticket für Betroffene von Hartz IV, Sozialhilfe oder Bezieher von Grundsicherung, das zum freien Eintritt in öffentliche Kultureinrichtungen berechtigt.
- Die Stadt muss ausreichend Räume und Flächen für kulturelle Aktivitäten günstig zur Verfügung stellen. Das gilt zum einen für Arbeitsräume, die Kulturschaffenden zu bezahlbaren Mieten bei langfristiger Nutzung zur Verfügung gestellt werden müssen, zum anderen für die Förderung der Basis- und Stadtteilkultur. In manchen Stadtteilen, insbesondere Großsiedlungen, gibt es kaum bis gar keine kulturelle Infrastruktur. Die Kürzung bei den bestehenden Bürgerhäusern stellt eine noch zu wenig beachtete Provokation dar. Hier darf nicht gekürzt, hier muss Geld für eine Ausweitung der Angebote in die Hand genommen werden!
- Interkulturelle Aktivitäten und kulturelle Bildungsarbeit müssen konsequent und strukturell gefördert, ausgebaut und gestärkt werden.
- Die Initiative »Komm in die Gänge« hat die historischen Gebäude des Gängeviertels vor dem Zerfall und Abriss bewahrt, das Thema Denkmalschutz wieder auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt und das Viertel zu dem gemacht, was es heute ist. Die Initiative sollte deshalb ihr Nutzungskonzept für das Quartier in Selbstverwaltung umsetzen und die Stadt davon Abstand nehmen, das Gängeviertel bürokratisch gängeln zu wollen.
- Die Bedrohung der Kulturlandschaft in Hamburg durch die Elbphilharmonie ist gewaltig. DIE LINKE wird jeden Antrag auf zusätzliche Investitionskosten

ablehnen. Für die Betriebskosten der Elbphilharmonie darf es keinen Euro aus dem Hamburger Haushalt geben.

Medien demokratisieren

Medien prägen Meinungen. Sie sind verantwortlich, welche und wie Informationen an die Menschen kommen. Wir wollen daher

- Demokratie und Mitbestimmung: Kompetenzabgrenzung zwischen Verlag und Redaktion. Chefredaktionen sollen gewählt und abgewählt werden können. Ins Landespressegesetz gehören Redaktionsstatute.
- Transparenzpflicht: Medienunternehmen sollen wie alle anderen Wirtschaftsbetriebe ihre Gewinne, Verluste, Anlagen und Bilanzen offenlegen.
- Öffentliche Kontrolle: Die fortschreitende Privatisierung von TV-Produktionen muss beendet werden. Ausbildung in der Medienbranche muss frei von rein wirtschaftlichen Verwertungsinteressen sein. Hamburg.de gehört vom Springer-Konzern zurück in die öffentliche Hand, eine E-Mail-Adresse name@hamburg.de muss kostenlos sein. Unabhängigkeit für den BürgerInnensender und Ausbildungskanal TIDE; die Arbeitsplätze dort sind mit sozialversicherungspflichtigen Anstellungsverträgen auszustatten.
- Aktive Medienpolitik auf Länderebene: Die Bürgerschaft darf kein Abnickverein mehr für Rundfunk- und Medienstaatsverträge sein.
- Eine Medienkompetenzförderung, die allen Menschen vom Kindesalter an Teilhabe ermöglicht. Zur Fortentwicklung kritischer Öffentlichkeit müssen die Öffentlichen Bücherhallen, Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive gesichert und ausgebaut werden.
- Der Hartz-IV-Regelsatz gehört u.a. um den Rundfunkbeitrag aufgestockt.

Sport – für alle in Bewegung

Die Situation des Schul- und Breitensports in Hamburg ist unbefriedigend. Hauptziel der Hamburger Sportpolitik muss sein, gute Rahmenbedingungen für kostenloses oder zumindest kostengünstiges Sporttreiben der breiten Bevölkerung zu gewährleisten. Wir fordern deshalb

- die Erhöhung der Pauschalförderung für den Hamburger Sportbund, die Verbände und Vereine von 6,5 auf 10 Mio. € pro Jahr
- entgeltfreie Nutzung der öffentlichen (Schul-)Turnhallen und Sportplätze durch die gemeinnützigen Vereine und den organisatorisch ungebundenen Freizeitsport

- die Aufnahme des Sports als Staatsziel in die Hamburgische Landesverfassung.

Vor allem sozial benachteiligte Menschen brauchen umfassende Förderung, um ihren Bewegungs- und Sportbedürfnissen nachgehen zu können. Notwendig sind:

- die Sanierung der staatlichen und vereinseigenen Sportstätten vor allem in den benachteiligten Vierteln. Insgesamt müssen für die Sanierung maroder Sportstätten und notwendige Neubauten in den nächsten vier Jahren die Investitionen von 16 auf 50 Mio. € erhöht werden
- gezielte Sportförderprogramme für Kinder und Jugendliche vor allem in den benachteiligten Stadtteilen
- Übernahme der Vereinsbeiträge für alle Sport treibenden Erwerbslosen, sonstigen Einkommensarmen und ihre Kinder durch die öffentliche Hand.

Wir lehnen die Privatisierung von öffentlichen Sportanlagen und die Schaffung von immer mehr außerschulischen Sportangeboten in den allgemeinbildenden Schulen ab. Stattdessen treten wir ein für

- Erhalt, Pflege und Betrieb der öffentlichen Sportstätten in städtischer Verantwortung
- systematische Schaffung der Voraussetzungen für die tägliche Sportstunde. Unzufriedenheit herrscht bei Vereinen und Sporttreibenden über die oft viel zu bürokratische Vergabe von Hallen- und Platzzeiten. Wir fordern:
- beschleunigte, computergestützte Vergabe sämtlicher Sporthallen und -plätze
- allgemeine Öffnung der Schul-Sportplätze bis in die Abendstunden
- Schaffung neuer Stellen für Platzwarte und Hausmeister
- regelmäßige Konsultation der Sportverbände durch Politik und Sportamt.

Für starke Bürgerrechte

Hamburg kann sich als soziale und solidarische Stadt nur entwickeln, wenn der Einfluss aller BürgerInnen auf die politischen Entscheidungen und damit auf die Gestaltung des Zusammenlebens gestärkt wird. Die LINKE steht für die Stärkung der demokratischen Teilhabe aller Hamburgerinnen und Hamburger, für eine Kultur der Einmischung.

Dazu brauchen wir dringend eine radikale Reform der Einheitsgemeindestruktur Hamburgs mit dem Ziel, die Entscheidungsbefugnisse der Bezirke deutlich auszuweiten bis hin zu einem eigenen Haushaltsrecht. Wir fordern die Abschaffung des so genannten Evokationsrechts, mit dem der Senat die Mitwirkungsrechte der Bezirke und sogar Bürgerentscheide aushebeln kann. Wir treten allen Absichten entgegen, Bürgerbegehren zu erschweren.

Wir setzen uns ein für die Verteidigung und Stärkung der Grund- und Freiheitsrechte.

- Wir fordern das kommunale Wahlrecht und das Recht, an Bürger- und Volksentscheiden teilzunehmen, für alle – ob mit oder ohne deutschen bzw. EU-Pass
- Die öffentliche Gewalt muss die Grundrechte respektieren, auch die Versammlungsfreiheit. Deshalb setzen wir uns für die Demokratisierung der Polizei ein und für eine Polizeireform, die die Rechte der BürgerInnen gegenüber der Polizei stärkt. Wir wollen die individuelle Kennzeichnungspflicht aller Polizeibeamten, einen unabhängigen Polizeibeauftragten und die verfassungskonforme Novellierung der Polizeigesetze.
- Vorratsdatenspeicherung, Lauschangriff, Videoüberwachung und andere unkontrollierte Überwachungsbefugnisse von Polizei und Verfassungsschutz hebeln den Rechtsstaat aus. Die ausufernde Überwachung durch Staat und Wirtschaft wollen wir zurückbauen und den Datenschutz weiter stärken.
- Mitbestimmungsrechte stärken: DIE LINKE tritt dafür ein, die von den CDU-geführten Senaten durchgesetzten Verschlechterungen im Hamburgischen Personalvertretungsgesetz nicht nur zurückzunehmen, sondern die Mitbestimmungsrechte der Hamburgischen Personalräte darüber hinaus auszubauen. Die Vorschläge des DGB bieten hierzu eine gute Grundlage.
- Als Infrastruktur für gelebte Demokratie fordern wir flächendeckend Bürgerhäuser, in denen sich die sozialen Bewegungen und Parteien kostenlos treffen und Veranstaltungen anbieten können.

MigrantInnenrechte stärken – kein Mensch ist illegal!

487.000 EinwohnerInnen migrantischer Herkunft sind in Hamburg zuhause. Sie prägen diese Stadt und ihre Entwicklungschancen ganz entscheidend mit. Doch immer noch werden sie in vielfältiger Weise diskriminiert. Die LINKE steht für eine Gesellschaft der gleichberechtigten kulturellen Vielfalt auf der Grundlage der Menschenrechte.

Für sie steht die volle juristische, politische, soziale und kulturelle Gleichberechtigung aller hier lebenden MigrantInnen im Mittelpunkt. Wir brauchen eine Kultur des Willkommens, der gegenseitigen Akzeptanz und des kulturellen Austausches.

DIE LINKE setzt sich in Hamburg konkret ein für:

- die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste: Alle öffentlichen Institutionen müssen auf die Anforderungen der Einwanderungs-

gesellschaft ausgerichtet, Verständnis- und Verständigungsbarrieren beseitigt werden

- eine gezielte und aktive Antidiskriminierungsarbeit auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und eine deutlich verbesserte finanzielle Ausstattung der Integrationszentren
- die Gleichstellung der Religionsgemeinschaften und den Abschluss des Staatsvertrages mit den muslimischen und alevitischen Gemeinden, solange diese Staatsverträge nicht grundsätzlich abgeschafft sind
- ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen; Erleichterung der Einbürgerung und Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft
- die Aufhebung von Arbeitsverboten, freien Zugang zum Arbeitsmarkt, Anerkennung von ausländischen Schul- und Berufsabschlüssen und die Bereitstellung von Weiterqualifizierungsmaßnahmen
- kostenlosen Deutschunterricht und Erweiterung des Angebots für Mütter und Berufstätige; sprachliche und pädagogische Unterstützung von Migrantenkindern und -jugendlichen während ihres Bildungs- und Ausbildungsganges; Förderung und Unterricht in der Elternsprache als Grundlage für Bildung.

Flüchtlingspolitik darf nicht länger Abschiebepolitik sein. Wir fordern die Einbeziehung von Flüchtlingen in das »Handlungskonzept Integration«, d.h.:

- generellen Abschiebestopp und Schließung der Abschiebegefängnisse
- keine Lagerunterbringung, sondern Bereitstellung von Wohnraum in den Stadtteilen
- Achtung der Rechte minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge, pädagogische Betreuung und Bildungschancen sowie sofortiger Stopp der menschenunwürdigen Altersfeststellung
- dauerhafte Aufenthaltsperspektiven für Menschen mit Duldung, Abschaffung der Residenzpflicht sowie gleichberechtigte gesundheitliche und materielle Versorgung
- uneingeschränkter Zugang zu Bildung von der Kita an und ärztliche Versorgung für Menschen ohne Papiere (»anonymisierter Krankenschein«) und ihre Legalisierung nach sechs Monaten Aufenthalt in Hamburg, bei Jugendlichen sofort.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

DIE LINKE bekämpft Antisemitismus und Antiziganismus, Islamophobie, Rassismus und Neofaschismus, Geschichtsrevisionismus und alle sozialdarwinistischen und rechtspopulistischen Tendenzen, wo immer sie auftreten. Auch und gerade im Wahlkampf. Sie unterstützt aktiv alle Initiativen, die deren Ausbreitung im

öffentlichen Raum und in der Mitte der Gesellschaft verhindern. Konsequente Verwirklichung der Demokratie, Friedenspolitik, soziale Gerechtigkeit und der Ausbau des Sozialstaates sind die beste Grundlage dafür, zumal die Rechten bei Hartz IV- und Afghanistan-Protesten anzuknüpfen versuchen. Die NPD gehört verboten, nicht polizeilich geschützt. Keine Stimme den Nazis!

Die LINKE fordert die Umbenennung des Ortes der Ermordung von Ramazan Avci in »Ramazan-Avci-Platz« und die Aufstellung einer Gedenktafel für alle aus rassistischen Motiven ermordeten Menschen.

Friedens- oder Rüstungsstadt Hamburg?

Die Bundesrepublik führt Krieg in Afghanistan und auch anderswo – nach eigenen Aussagen auch, um deutsche Wirtschaftsinteressen durchzusetzen. Afghanistan ist das anschaulichste Beispiel für zahlreiche direkte militärische Interventionen. Der Krieg am Hindukusch zeigt, wie weit die Militarisierung der deutschen Außenpolitik schon vorangeschritten ist, die von einer umfassenden Militarisierung der Innenpolitik auf allen Ebenen und der Unterordnung der zivilen unter militärische Zwecke begleitet wird.

DIE LINKE lehnt diese Kriegs- und »Sicherheits«politik als einzige Parlamentspartei in der Bundesrepublik grundsätzlich ab. Wir engagieren uns gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und für die Abschaffung der Bundeswehr und gehören der internationalen, bundesweiten und lokalen Friedensbewegung an.

Um Kriege global und im Verbund mit der NATO und der EU führen zu können, ist die Bundeswehr darauf angewiesen, dass sie ihre organisatorische Transformation zu einer »Berufssarmee im Einsatz« vervollständigt.

Hamburg ist dafür aufgrund der Konzentration militärrelevanter Einrichtungen wie der Rüstungsindustrie (Blohm+Voss, EADS) und Ausbildungs- und Schulungszentren (z.B. Bundeswehruniversität) ein entscheidender Standort in der Bundesrepublik.

Erste friedenspolitische Forderungen der LINKEN in Hamburg auf dem Weg zu einer Gesellschaft ohne Kriege sind dementsprechend:

- Abzug der eingesetzten Hamburger Polizeibeamten aus Afghanistan
- die Abrüstung und Vergesellschaftung der Rüstungsindustrie sowie deren Konversion zu ziviler Produktion
- an der Uni Hamburg wird eine Forschungs- und Beratungsstelle zur Rüstungskonversion in Hamburg eingerichtet
- die Einrichtung und öffentliche Finanzierung eines Büros zur Unterstützung der real stattfindenden Friedensarbeit in der Stadt: z.B. Förderung der Geschichtswerkstätten, einer kritischen Erinnerungskultur, antimilitaristischer

Hafenrundfahrten, von alternativen Stadtrundgängen, künstlerischen Initiativen und Aktionen

- die Erstellung eines jährlichen Rüstungsberichtes, in dem die Produktion sowie der Ex- und Import von Rüstungsgütern in und aus Hamburg erfasst wird. Dieser Bericht wird der Bürgerschaft vorgelegt und in ihr debattiert;
- die Sperrung des Hamburger Hafens und Flughafens für Rüstungsexporte und Kriegslogistik
- Unterbindung aller Auftritte von Jugendoffizieren, Wehrdienstberatern und anderen Angehörigen der Bundeswehr an Hamburger Schulen
- Verbot der Teilnahme für alle Lehrkräfte und ReferendarInnen der Hamburger Schulen am Aus- und Weiterbildungsangebot der Bundeswehr und mit Klassen an Veranstaltungen, Seminaren usw. der Bundeswehr, wie z.B. dem »girls day«
- Untersagung aller öffentlichen und nicht-öffentlichen Auftritte der Bundeswehr und ihrer VertreterInnen an Einrichtungen der FHH und bei Anlässen, zu denen die FHH einlädt
- Einführung einer Zivilklausel in das Hamburger Hochschulgesetz für alle Universitäten, Fachhochschulen und technischen Hochschulen, so dass jede militär- und kriegsrelevante Forschung und Lehre in allen Fachbereichen beendet und die Friedensforschung im Sinne des Leitbildes der Universität »für eine friedliche und menschenwürdige Welt« gefördert und weiterentwickelt wird
- Einstellung der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit zwischen der FHH und dem Landeskommmando der Bundeswehr, inklusive der Förderung von ReservistInnen und deren Verbänden, Schirmherrschaften für Veranstaltungen der ReservistInnenverbände usw.
- Einsatz der FHH beim Bundesministerium der Verteidigung für die Auflösung der Helmut-Schmidt-Bundeswehruniversität/Führungsakademie in Hamburg
- Aufkündigung der Patenschaft für die Fregatte »Hamburg« und aller anderen Patenschaften für militärrelevante Organisationen, Projekte etc.
- Entmilitarisierung Hamburgs in den Bereichen Eventkultur (Hafengeburtstag, Messen) und Kultur (Museen, öffentliche Erinnerungskultur, Ausstellungen, Theater, Musik).

Bei Veränderungen im Sinne dieser Forderungen könnte Hamburg zu einer Friedensstadt werden und einen Beitrag zur Überwindung der gesellschaftlichen Produktions- und Herrschaftsverhältnisse leisten, ohne die die Kriege nicht enden werden.

Widerstand ins Rathaus – DIE LINKE wählen.

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Unsere Forderungen sind umsetzbar!

Doch dazu bedarf es einer Politik, die sich nicht wie in der Vergangenheit durch Standortpolitik für Konzerninteressen und falsche Wahlversprechen an die Bevölkerung auszeichnet, wie es die Politik von CDU bis GAL tut.

Hamburg braucht einen wirklichen Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit. Dafür ist eine Koalition aus SPD und GAL bestimmt kein Garant. Das haben die rot-grünen Koalitionen auf Bundes- und Länderebene, auch hier in Hamburg, gezeigt. Und auch nach dem Bruch von Schwarz-Grün haben sich SPD und GAL in der Bürgerschaft geweigert, die mögliche parlamentarische Mehrheit für die Umsetzung lange überfälliger Initiativen zu nutzen. DIE LINKE hat kurzfristig eine Vielzahl von Anträgen eingebracht: für die Abschaffung der Studiengebühren und die Einführung eines wirklichen Sozialtickets, für mehr Steuergerechtigkeit und die Rückführung der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze in die Verantwortung der Freien und Hansestadt. SPD und GAL verweigerten ihre Zustimmung.

Es bedarf statt dieser Bankrotterklärungen einer Politik, die anerkennt, dass es mit dem heutigen gesellschaftlichen Reichtum und Wissen möglich ist, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Armut und Krieg einzurichten, in der nicht die Profite zählen, sondern die Menschen und die Natur.

Es gibt für DIE LINKE keine Rechtfertigung dafür, dass weiter fast jedes vierte Kind in dieser Stadt in Armut leben muss. Es gibt keine Rechtfertigung für Massenarbeitslosigkeit, für Wohnungsknappheit und Dumping-Löhne in einer der reichsten Regionen Europas, für Bildungsblockaden, Zwei-Klassen-Medizin und Kürzungen bei Kultur- und Jugendeinrichtungen. Es gibt keine Rechtfertigung, dass die Umstellung auf regenerative Energien weiter verschleppt und in Hamburg stattdessen ein neues Kohlekraftwerk gebaut wird. Und es gibt auch keine Rechtfertigung für Abschiebungen, Militarisierung und Geschlechterdiskriminierung.

Unser Wahlprogramm beinhaltet notwendige erste Schritte, diese Probleme anzugehen. Das kann DIE LINKE nicht allein machen, selbst mit einer Mehrheit in den Parlamenten. Wir brauchen eine Bewegung der Lohnabhängigen, die unsere Forderungen gemeinsam mit uns erkämpft. Denn um die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Gesellschaft zu verbessern, müssen wir uns gegen die Interessen der Herrschenden durchsetzen, die ihre Privilegien nicht von alleine zugunsten der Mehrheit aufgeben werden. Ein Mindestlohn trifft auf den Widerstand aller Unternehmer, die über Dumping-Löhne ihre Profite steigern.

Sozialer Wohnungsbau kollidiert mit den Interessen von Mietspekulanten. Und wenn statt die Kita-Gebühren zu erhöhen, die reichsten Zehntausend zur Kasse gebeten werden sollen, werden die Elbvororte ihren ganzen Einfluss in die Waagschale werfen, um dies zu verhindern, so wie sie auch die Schulreform in Hamburg verhindert haben.

Unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen sind aber alle erkämpften Verbesserungen immer wieder in Gefahr. Die Eigentümer der Unternehmen benutzen immer wieder die Arbeitsplätze als Faustpfand, um ihre Profitinteressen durchzusetzen. Deswegen setzen wir uns als DIE LINKE das Ziel einer sozialistischen Demokratie, in der alle Menschen über direkte Demokratie in allen gesellschaftlichen Fragen sich beteiligen und entscheiden können. In einer solchen Demokratie würde die Bevölkerung auch über die Wirtschaft bestimmen.

Ob in Italien, Großbritannien, Griechenland, Irland, Portugal, Spanien oder Frankreich: Die Antwort der Menschen in Europa auf Kürzungen und Sozialabbau sind Massenmobilisierungen und Streiks bis hin zu Generalstreiks. Der lang anhaltende Massenprotest gegen S21 in Stuttgart zeigt, was auch in Deutschland möglich ist. Der nächste Senat, egal aus welchen Parteien er sich zusammensetzt, wird genau wie der Vorherige für den Großteil der Bevölkerung nur Kürzungen und Gebührenerhöhungen anzubieten haben. DIE LINKE wird alle Ansätze, sich dagegen zur Wehr zu setzen, unterstützen. Wir werden wieder eigene Initiativen starten, um Anti-Sparpaket-Bündnisse zusammenzubringen, in den Gewerkschaften für einen kämpferischen Kurs eintreten. Unsere Bürgerchaftsabgeordneten werden in der kommenden Legislaturperiode wieder mit Anfragen und Anträgen Proteste unterstützen und die Widersprüchlichkeiten und Inkonsequenzen der anderen Parteien bloßstellen.

Wir wollen die soziale Spaltung in der Stadt in der Öffentlichkeit sichtbar machen und gemeinsam mit außerparlamentarischen Organisationen, Initiativen und als Teil in Gewerkschaften, der Umweltbewegung, dem Bildungsstreik und anderen Bündnissen für Widerstand sorgen.

Wählen Sie DIE LINKE und vor allem: Wählen Sie, selbst aktiv zu werden!

DIE LINKE bekräftigt heute erneut, was sie seit ihrer Gründung immer wieder erklärt hat: Sie sieht sich als gesellschaftliche, als außerparlamentarische und parlamentarische Opposition, die die Hartz-Gesetze beseitigen will, Sozialabbau, Privatisierungen und Abbau des öffentlichen Dienstes ablehnt, jede Politik bekämpft, die die soziale Spaltung der Stadt vertieft und Auslandseinsätze der Bundeswehr befördert oder befürwortet. Sie will von oben nach unten umverteilen, anstatt Schutzschirme für Banken und Großbetriebe zu spannen. Alle Schritte dahin finden die Unterstützung der LINKEN, nicht jedoch die Fortsetzung der bisherigen Politik.

Darum erklärt DIE LINKE unmissverständlich vor der Wahl: Wir sehen uns nicht als Arzt am Krankenbett von SPD und Grünen, sondern stehen für einen Einstieg in einen Politikwechsel. Wir unterstützen jeden Schritt in diese Richtung, aber sind für einen puren Austausch von Personen allein nicht zu haben. Wollen SPD und GAL, dass wir ihren Bürgermeister tolerieren, sollte es mit ihren Mandaten nach der Wahl nicht reichen, dann müssen sie sich schon substantziell bewegen. Ihre Schritte zu einem Politikwechsel müssen glaubwürdig gegangen werden. In diesem Fall werden wir in einem öffentlichen Ratschlag mit Initiativen, Gewerkschaften und Bewegungen und auf einem Sonder-Landesparteitag die Lage beraten und die Mitglieder in einer Urabstimmung entscheiden lassen. Denn wir halten nichts davon, in Kungelrunden und Parteizirkeln die Richtung der Politik zu entscheiden, sondern stehen für Transparenz und Öffentlichkeit.

**Für uns gilt:
Original sozial – vor und nach der Wahl.**

Eintrittserklärung

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

Weitere Angaben zu meiner Person

Geburtsdatum

Beruf

Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Ort und Datum

Unterschrift

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

Ich erkläre mit meiner Unterschrift dazu mein Einverständnis:

Ort und Datum

Unterschrift

Bei der Gruppierung vor Ort bzw. beim Landesverband Hamburg abgeben oder einsenden an:
Partei Vorstand der Partei DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**DIE LINKE.Hamburg
Wendenstr. 6
20097 Hamburg**

**Tel.: 040-3 89 21 64
Fax: 040-43 09 70 28**

geschaeftsstelle@die-linke-hh.de

**Sprechzeiten der Geschäftsstelle:
Mo. bis Do. von 14:00 bis 18:00
Fr. von 11:00 bis 16:00**

<http://fuer-ein-soziales-hamburg.de>